



Neoliberalismus an der Hochschule bekämpfen!

Zur geplanten Einführung von „Studiengebühren“ (genannt: „Verwaltungsgebühren“) und anderen Bildungsschweinereien in NRW

Spätestens am 08. Mai war es raus, nachdem es eine dpa-Meldung gab: Bezahlung für (Hochschul)Bildung wird demnächst die Regel sein.

Die Fakten im Einzelnen: Die Landesregierung plant, eine sogenannte „Verwaltungsgebühr“ von ca. 50,- Euro pro Studi und pro Semester zu erheben. Desweiteren sollen sämtliche (oder zumindest fast sämtliche) Landeszuschüsse zum Studentenwerk gestrichen werden: Auch der Betrag wird irgendwohin umgelegt sein. Doch weiter: Langzeit- (vermutlich Regelzeit

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“.

Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anachistischer Theorie und Praxis dar.

plus 4 Semester) und Zweitstudiumsgebühren waren ebenfalls längste Zeit Tabuthema. 500,- bis 650,- Euro „Strafgebühren“ (je nach Quelle) sind angedacht. Und für ZweithörerInnen und die sogenannten „SeniorInnen“ (Studium im Alter) gilt dasselbe.

Desweiteren will die Landesregierung ihre Planung für Studienkonten aus dem Jahr 2004 in das Jahr 2003 vorverlegen. Studienkonten, das soll heißen, die Studis zahlen ihre Gebühren nicht semesterweise, sondern z.B. 25,- Euro pro „Semesterwochenstunde“ nach der Überziehung eines Kontos von Semesterwochenstunden, das sich nach der Regelstudienzeit berechnet. SPD und Grüne reden diese Idee zwar gut und sind angeblich überzeugt, dass es sich dabei um etwas ganz anderes handelt als um Studiengebühren, im Prinzip ist jedoch nur die Abrechnungsweise eine andere und das Kind hat einen anderen Namen.

Die Planung, das System Studienkonten ein Jahr vorzuverlegen, entlarvt die Landesregierung: Unwahrscheinlich, daß es hierzu einen Beschluß geben wird, bevor die Bundestagswahlen vorbei sind. Die (ehemals als links geltenden) Studis könnten den Rosa-Olivgrünen ja ihre Stimmen verweigern (was sie auch tun sollten, genau wie jeder anderen Partei) – andererseits muß die sozialdemokratische Politiker-

Termine

Mittwoch, 29.05., 18.00 Uhr: Neoliberalismus, Gesellschaft, Hochschule! Vortrag und Diskussion mit Uwe Bittlingmayer und Olaf Groh. Foyer des Soziologie-Instituts

Montag, 03.06., 18.00 Uhr: Der Streik an der UNAM in Mexico D.F. 1999/2000. Vortrag der Gruppe B.A.S.T.A., Raum 519, Soziologie-Institut

Dienstag, 05.06., 11.00 Uhr: Institutsvollversammlung Soziologie im SCH 5 (Institut), 13.00 Institutsvollversammlung Politik, SCH 1 (Aula), bei Sonne auf dem Parkplatz

Mittwoch, 06.06., 17.00 Uhr: Uni-Vollversammlung auf dem Domplatz (?)

Samstag, 08.06., 13.30 Uhr: Demo „Wer jetzt nicht handelt, wird verkauft!“ in Düsseldorf. Busfahrkarten in der B@racke und im AstA erhältlich!

kaste natürlich auch ihren neoliberalen Wirtschaftsfreunden ein paar Leckereien vorlegen. Und da 2004 schon wieder Landtagswahlen sind, setzen die sozialdemokratischen Wirtschaftsapologeten ihre Planungen halt in die Pause zwischen die Wahlkämpfe: Zur Bundestagswahl wird noch nicht darüber gesprochen, zur Landtagswahl nicht mehr. Höchstens auf elitären Treffen, wo man sich der Zustimmung der ZuhörerInnenenschaft versichert sein kann. Aller Wahrscheinlichkeit beginnt die Abzockerei also erst im Sommersemester 2003 – dann aber auch richtig.

Oder? Politiker sind zwar allgemein blöd, aber sie sind nicht dumm: Die bisher in der Öffentlichkeit platzierten vorsichtigen Anmerkungen zu dem Thema sind so frech und extremistisch liberal, daß es in der Tat vorstellbar wäre, wenn sie absichtlich platziert wären um den kurzen Aufschrei der Studis ungehört verhallen zu lassen und

dann die kleinere Version verabschiedet: Die Studis atmen auf, daß sich ihre Gebühren im Regelstudium nicht verdoppeln, sondern nur veranderalthalfachen, Studienkonten sind ja doch die erträglichere Variante und die SeniorInnen sind Otto Normalstudent sowie so egal. Es muß nicht so sein, daß die Regierung tatsächlich eine solche Strategie anwendet, aber möglich ist es allemal.

Besonders subtil ist die Idee, dem Studentenwerk das Geld abzuschneiden, denn das hat jetzt diverse Möglichkeiten, diesen finanziellen Verlust aufzufangen: Erstens kann einfach der Studentenwerksbeitrag pro Semester für alle Studis erhöht werden, wahrscheinlich in etwa um 35,- bis 50,- Euro. Zweitens könnten Wohnheime und Mensaeßen verteuert werden (übrigens: die billigere und leckere Alternative zur Mensa gibt es Montag, Mittwoch und Freitag mittags in der B@racke, Dienstag abends im Verstezt). Und drittens – und hier setzt die eigentliche Subtilität ein – erwägt das Studentenwerk, ihre Angestellten nicht mehr nach BAT (Bundesangestelltentarif) zu bezahlen, also einen offensiven Tarifbruch. „Teile und herrsche“ ist das altbewährte Motto dieser Idee: Entweder die blöden intellektuellen Studis, die eh' bis mittags im Bett liegen, zahlen, oder die dummen Studentenwerkangestellten, die einem in der Mensa und im Bafög-Amt schon seit Jahren auf den Keks gehen und Bild-Zeitung lesen.

Das macht eines klar: Wenn es einen – wie auch immer gearteten - Widerstand gegen all diese Pläne geben soll, dann ist es nötig, Zusammenhänge zu erkennen und miteinander solidarisch zu handeln. Im Endeffekt werden sowieso Studis und Angestellte abgezockt - egal

Das Bildungssyndikat ist eine Branchengruppe der FAU, Freie ArbeiterInnen Union. Das Bildungssyndikat Münster und die FAU-Ortsgruppe treffen sich jeden Dienstag von 20 bis 22 Uhr im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. E-Mail: bsyms@fau.org. Netz: <http://fau.org/bsy/muenster>

ob mit oder ohne neuen Plänen.

Die Mauscheleien in NRW zum Thema Studiengebühren sind nicht die einzigen, die gerade hierzulande laufen: Das berüchtigte CHE (Centrum für Hochschulentwicklung, vgl. Interhelpo Nr. 11) hat sich Anfang Mai mit der Führung der TU München zusammengesetzt und ein Konzept für eine flächendeckende Einführung von Studiengebühren beschlossen. In Hamburg werden mittlerweile auch Zwangsexmatrikulationen für LangzeitstudentInnen in Erwägung gezogen.

Was also tun?

In Münster wie an vielen anderen Hochschulstandorten ist unter den StudentInnen in letzter Zeit wieder vermehrt die Rede vom „Streik“. In Biel efeld kam es schon nach Pfingsten zu einem dreitägigen Warnstreik der StudentInnen mit über 2000 Beteiligten. (Wie sinnig: In den Ferien!) Dabei ist zu beobachten, daß viele überhaupt nicht wissen, wie ein solcher Streik vonstatten gehen soll.

Das ist auch eigentlich kein Wunder, denn „Streik“ und „Student“ widerspricht sich eigentlich. Ein Streik ist das Kampfmittel der arbeitenden Klasse(n), das dadurch die Möglichkeit zum Erfolg hat, daß es zur Ausübung ökonomischen Drucks taugt. Ökonomischen Druck können Studis kaum ausüben, mit Ausnahme vielleicht mal ein paar NaturwissenschaftsstudentInnen in den höheren Semestern, die einige gewisse Großkonzerne schon kirre machen könnten.

Der Begriff „Streik“ hat aber gleichzeitig auch eine symbolische Kraft, die etwa mit einem Begriff wie „Studierendenproteste“ nicht erreicht wird. In dem 1997er StudentInnenstreik war daher schnell die Rede vom „Aktivstreik“, soll heißen, eigentliches Kampfmittel ist nicht, die Seminare mehr zu besuchen, sondern sie alternativ durchzuführen, öffentliche Räume zurückzuerobern etc.

Alternativseminare oder Studiengruppen, wie sie in Münster in Folge des StudentInnenstreiks 1997 (wieder) entstanden sind, zeichnen sich im Ver-

gleich zu herkömmlichen Seminaren durch folgende Unterschiede aus:

Der hierarchische Unterschied zwischen Lehrenden und Lernenden ist aufgehoben (notwendige Voraussetzung).

Ein sogenannter „Dozent“ ist zwar möglich, aber nicht nötig.

Das Thema bietet eine Alternative zur herrschenden Universitätslehre (im akuten Fall z.B. Hochschulpolitik in verschiedensten Facetten, aber auch Themen, die im allgemeinen Lehrbetrieb einfach untergehen)

Es müssen nicht nur StudentInnen integriert werden.

Der Raum des Seminars ist alternativ gewählt (z.B. öffentliche Plätze, Busse, Institutsflure etc.)

Besetzungen und Aktionen

Alternative Seminare sind sicherlich ein ideales Beispiel für gelungene Aktionen, die zumindest im kleinen Bereich was bringen: Wenn schon nichts anderes, dann doch zumindest die Erkenntnis, daß mensch auch anders lernen kann und natürlich die Erkenntnisse, die beim Voneinanderlernen gewonnen wurden.

Ein sogenannter „Aktivstreik“ muß aber auch von außen bemerkt werden. Da StudentInnen, wie schon erwähnt, nicht die Möglichkeit haben, ökonomischen Druck auszuüben, muß ein anderer Druck ausgeübt werden. Das geht z.B. über Öffentlichkeit, und die erreicht mensch am ehesten durch nicht Alltägliches, was dieser Öffentlichkeit spektakulär erscheint.

Klassisches Beispiel sind Institutsbesetzungen. Freiräume, die demnächst bezahlt werden müssen, sich einfach nehmen. So geschehen etwa 1997 mit dem Institut für Soziologie, das dadurch zum Ausgangspunkt für selbstorganisierte Bildung, Kultur, weitere Aktionen und eine Streikzeitung wurde.

Allerdings ist nicht zu verleugnen, daß es zwar schön kuschelig war in der Soziologie und der 4wöchige Freiraum den BesetzerInnen einiges gebracht hat,

wirklich weh getan hat diese Besetzung jedoch niemandem. Druck ausüben durch Besetzungen – das geht, wenn mensch das Schloß oder einen empfindlichen Bereich der Naturwissenschaften besetzen würde (was allein schon daran erkennbar werden würde, daß die Staatsgewalt um einiges schneller vor Ort wäre).

Was an der Uni passiert, bekommt außer Studis und DozentInnen sowieso kein Mensch mit – also raus auf die Straße! Zwei der spektakulärsten Aktionen des 1997er Streiks waren die mehrfache Besetzung des Ludgerikreisels und die Aktion „Wir zeigen euch, wo das Geld ist“; bei der maskierte Bankräuber durch die Münsteraner Banken wanderten und anschließend Schokotaler verteilten – nebst Flugblättern. In Mexico-Stadt, während des Streiks an der UNAM (die größte Universität Lateinamerikas), der u. a. ebenfalls gegen die Einführung von Studi-

Was allerdings am wichtigsten erscheint, wenn StudentInnen streiken: Ihre Situation nicht als die allein ihrige zu betrachten, sondern gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen. Die geplante Einführung von Studiengebühren ist ein Segment der globalen Idee von der Privatisierung der Bildung, und dies wiederum nur ein Segment der neoliberalen Tendenzen allüberall. Subcomandante Marcos von der EZLN hielt 1999 eine Vorlesung an der UNAM (wenn auch jemand anders diese vortragen musste), weil die EZLN diese Zusammenhänge thematisiert. Was zur Zeit im Bildungsbereich geschieht, passiert auch im Bereich der Pflege/Gesundheit, der Kultur und dem Patentrecht etc.

In Münster wären es zwei Aspekte, die es besonders zu beachten gilt: Zum einen die schon erwähnte Zusammenarbeit mit den Angestellten der Studentenwerke, denen Lohnkürzungen

bolische Wirkung des Begriffes hat jedoch im Studentischen noch eine besondere Implikation: Im Gegensatz zu den Streiks, die der DGB in der Arbeitswelt trägt, entscheidet die reale Studierendenschaft. Kein Organ der Verfassten Studierendenschaft, weder AstA noch Fachschaften, und auch nicht der GEW oder wir können einen Streik beschließen. Gestreikt wird in dem Moment, in dem von der Basis der Beschluß gefällt wird „Wir streiken!“

Dazu sind Vollversammlungen u. a. da. In der Praxis gibt es allerdings meist schon zuvor die ersten Anzeichen dafür, ob es zu einem Streik kommen könnte oder nicht.

Niemand anders als eine solche Vollversammlung kann auch das Ende des Streiks beschließen. Es kann nicht angehen, dass nach zwei Wochen, wie 1997 teilweise geschehen, die Studis wieder ihre Seminare besuchen und die aktiven Streikenden anpöbeln. Bei einem erneuten Streik sollte solchen der Zutritt zum Seminarraum schlicht und einfach verweigert werden. Und – um auch etwas konstruktives zu leisten – auf die nächste Vollversammlung hingewiesen werden. Viel zu häufig ist es so, dass dort die 40 Streiklustigen sitzen, während 40.000 Streikmüde aus irgendeinem unerklärlichen Grunde keine Lust haben, vor diesen 40 auf das Ende des Streikes zu bestehen.#

Rein taktisch ließe es sich in Frage stellen, ob ein Streik zu diesem Zeitpunkt sinnvoll ist: Die Gebühren werden im Sommersemester 2003 auf uns zukommen. WelcheR StudentIn aber streikt zwei mal im Jahr? Entscheidungskriterium für einen Streik kann darum, wie gesagt, nur eines sein: Die Bereitschaft zum Streik.



engebühren geführt wurde, besetzten 100.000 StudentInnen stundenlang die Hauptverkehrsstraßen. Sie streikten innerhalb eines Jahres nicht nur die Studiengebühren weg, sondern auch den damaligen Rektor der Universität.

Zwar sind auch solche Aktionen im Prinzip rein symbolisch, aber sie müssen nicht ganz ohne Wirkung bleiben...

drohen, zum anderen die Thematisierung der Teilprivatisierung der Stadtwerke in konkretem Zusammenhang mit derselben neoliberalen Ideologie.

Es wurde schon erwähnt: „Streik“ lässt sich das alles, und was StudentInnenhirne sich sonst noch ausdenken könnten, eigentlich nicht nennen. Die sym-

**BILDUNGSSYNDIKAT
MÜNSTER**



Stadtwerke Münster sollen privatisiert werden!

Und? - Was geht mich das an?

Als StudentIn ist mensch oft versucht, lokale und kommunale Politik und soziale Probleme der Region an sich abgleiten zu lassen. Immerhin ist mensch ja sowieso nur ein paar Jahre hier, schmiert sein/ihr Studium runter, macht einen Abschluß und verläßt diese Stadt wieder.

Diese Einstellung findet sich unter StudentInnen nur all zu häufig und wird durch das Elfenbeinturmdenken der Universität (seien es Profs, Verwaltung oder Gremien) nur noch gefördert.

Hinter dieser Einstellung steckt der fatale Denkfehler, daß StudentInnen keine gleichberechtigten EinwohnerInnen dieser Stadt wären - das ist nicht nur von Universitätsseite, sondern auch von Stadtseite aus zu beobachten. Obwohl es aufgrund dieser tradierten Einstellungen kaum zu einem kulturellen oder politischen Austausch kommt, stimmt das aber de facto nicht.

StudentInnen sind von der Gas-, Wasser- und Stromversorgung genauso abhängig wie alle anderen BürgerInnen der Stadt Münster. Eine Teilprivatisierung der Stadtwerke, wie sie zur Zeit vom Münsteraner Rat angestrebt wird, tangiert sie also genauso wie alle anderen. Die oben beschriebenen Einstellungen führen allerdings dazu, daß das nicht so wahrgenommen wird, genaugenommen sogar dazu, daß viele StudentInnen von der geplanten Privatisierung nicht einmal wissen.

Der Rat der Stadt Münster hat beschlossen, 49% der Stadtwerke zu veräußern. Damit soll ein Haushaltsloch gestopft werden, und - möchte mensch der FDP/CDU-Fraktion Glauben schenken - der schulische Bildungsbereich gefördert werden. Reiner Populismus, wenn ihr uns fragt, denn erstens sollte das Schulsystem sowieso von Land und Kommunen finanziell gedeckt sein, und zweitens ist die Sicht, daß durch eine Privatisierung Geld in die Kasse kommen würde, äußerst kurzsichtig: Wenn die Stadtwerke nur noch zu 51% der öffentlichen Hand gehören, dann fließen langfristig auch nur noch 51% der Gewinne in die Kommune.

Was also muß die Kommune machen? - Preise erhöhen, um den Gewinn einzufahren!

Die Befürchtung, daß z.B. auch das Semesterticket in Gefahr wäre, könnten die Befürworter der Teilprivatisierung leicht abwehren, denn diese seien ja gar nicht betroffen, da die Verkehrsbetriebe gar nicht veräußert werden sollen (was wir auch nur dem Streik der BusfahrerInnen vor ca. einem Jahr zu verdanken haben). Wenn aber die Stadt mit ihren restlichen 51% der Stadtwerke Gewinne wie bisher einfahren möchte, dann heißt das auf jeden Fall, daß auch Busfahren teurer wird - und für StudentInnen konkret, daß das Semesterticket sich im Laufe der nächsten Jahre immens verteuern wird.

Wenn wir uns die gesamte Entwicklung betrachten, dann sollten wir die Diskussion um die Einführung von Verwaltungsgebüh-

ren und Langzeitstudiengebühren gemeinsam mit der Privatisierung der Stadtwerke denken: Auf Dauer bedeutet, wie gesagt, diese Teilprivatisierung die Verteuerung des Semestertickets. Zusammengerechnet mit den geplanten Gebühren ist Otto Normalstudent dann schnell dabei, die Schmerzgrenze von über 250,- Euro an Gebühren pro Semester überschritten zu haben - die (nicht sofort, aber auf Dauer) höheren Kosten für die Lebenserhaltung - Strom, Wasser, Gas - noch nicht einmal mitgerechnet.

Einführung von Gebühren im Studium und Teilprivatisierung der Stadtwerke betreffen nicht nur beide konkret das Alltagsleben aller Münsteraner StudentInnen, sondern gehorchen derselben neoliberalen Ideologie: Es gibt nichts mehr umsonst, der „freie“ Markt dominiert alle Bereiche! Studiengebühren und Teilprivatisierung reihen sich so ein in einen globalen Trend, der woanders noch extremere Auswirkungen haben mag als hier.

Was tun?

Aufgrund der oben geschilderten Einstellung der meisten StudentInnen zu der Stadt, in der sie studieren, sind leider nur die wenigsten mit dem Erstwohnsitz in Münster gemeldet. Diejenigen, die hier ihren ersten Wohnsitz haben, sollten **auf jeden Fall am 16.06.2002 zum Bürgerentscheid gehen und mit JA stimmen für den Erhalt der Stadtwerke in öffentlicher Hand.**

Der Widerstand gegen die Privatisierungstendenzen in allen gesellschaftlichen Bereichen weltweit und in Münster wird jedoch nicht vorbei sein, wenn der Bürgerentscheid abgeschlossen ist. Die Stadt wird weiter versuchen, die Stadtwerke zu privatisieren - wenn nicht die gewünschten 49%, dann eben nur 39% - und auch im Bildungsbereich ist die Privatisierung global auf dem Vormarsch. Vielleicht können nicht alle StudentInnen am Bürgerentscheid teilnehmen, aber alle StudentInnen haben eine Stimme, mit der sie ihre Meinung kundtun können!

Termine

Freitag, 31. 05., 20.00 Uhr: „Bei Anruf Bedienung!“ Über Widerstandsmöglichkeiten in prekären Arbeitsverhältnissen berichtet die Gruppe KOLINKO. Spookeys (Marienplatz)

Mittwoch, 05.06., 20.00 Uhr: Münster im Krieg! Veranstaltung des Infoladen Bankrott zur hiesigen Militarisation der Gesellschaft. B@racke (Scharnhorststr. 100, hintenrum)

Mittwoch, 12. 06., 20.00 Uhr: "Privatisierung des Wassers": Über die weltweiten Auswirkungen der Bestrebungen, das Wasser zu privatisieren. in der B@racke (Scharnhorststr. 100, hintenrum)

Sonntag, 16.06., ganztags: Bürgerentscheid über die Teilprivatisierung der Stadtwerke. Auch AnarchistInnen kreuzen „Ja“ an.

Sonntag, 16.06, 20.00 Uhr (Einlaß): Premiere des neuen Programms von „Der Blarze Schwock“: „Von der Muse gebissen“; Bara cke.